



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BUND: 11 PROZENT WENIGER MENSCHEN BIS 2025 IN OSTDEUTSCHLAND

23.10.2008 Fachinformation

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 2025 um 11,4 Prozent schrumpfen wird. Wie aus dem Jahresbericht aus dem Stand der deutschen Einheit 2008 der Bundesregierung hervorgeht, werde dagegen in Gesamtdeutschland die Bevölkerungszahl im Vergleich zum Jahr 2005 lediglich um zwei Prozent abnehmen. Jedoch schrumpfe die Bevölkerungszahl in den neuen Ländern nicht überall gleichmäßig. Während in der Region Berlin eine stabile bzw. sogar steigende Bevölkerungszahl prognostiziert werde, müssen ländliche Gegenden in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt mit einer Bevölkerungsabnahme von mehr als 20 Prozent rechnen. Die Anzahl der Geburten liege, so die Bundesregierung, in Ostdeutschland bei 1,3 Geburten pro Frau. Eine Angleichung an die Geburtenrate in Westdeutschland von 1,4 Geburten pro Frau werde von der Regierung erwartet. Durch die Abwanderung verlieren die neuen Bundesländer im Saldo derzeit 50.000 Personen. Gravierender als diese Abwanderungszahl sei jedoch die Alterstruktur der Ab- und Zuwanderer. Die Personen, die aus Ostdeutschland abwandern seien im Durchschnitt wesentlich jünger, als die zuwandernden Menschen nach Ostdeutschland. Zudem bestünden in der ostdeutschen Wirtschaft nach wie vor strukturelle Defizite. Sie seien für den noch immer großen Abstand in der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft gegenüber Westdeutschland von knapp 30 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung verantwortlich. Die Bundesregierung führt an, dass ein wichtiger Grund hierfür in der geringen Zahl großer kapitalkräftiger Unternehmen in Ostdeutschland zu nennen sei. Nachteilig wirke sich das Fehlen großer Firmen auch auf die Herausbildung überregionaler unternehmensnaher Dienstleister wie z.B. der Unternehmens- und Rechtsberatung oder Software- und Ingenieurbüros. Seit dem Jahr 2000 sei die ostdeutsche Wirtschaft nur um insgesamt sechs Prozent gewachsen, während im gleichen Zeitraum die westdeutsche Wirtschaft um 8,9 Prozent gewachsen sei. Deswegen brauche Ostdeutschland weiterhin eine wirksame und umfassende Förderung. Ein weiterer Grund für Förderung des Aufbau Osts sei die mit zwölf Prozent ungefähr doppelt so hoch liegende Arbeitslosigkeit als in den alten Bundesländern. Generell könne festgestellt werden, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse auf vielen Gebieten bereits festgestellt werden könne. Besonders im Bereich der Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit seien keine oder kaum noch Unterschiede zwischen Ost und West sichtbar. Im Bereich der Betreuung von Kindern unter drei Jahren sei Ostdeutschland sogar Vorreiter. Jedoch liege die wichtigste Herausforderung des Aufbau Osts in der Wirtschaftspolitik. Dabei müssen jedoch die sinkenden Mittel für den Aufbau Ost berücksichtigt werden. Am Ende des Solidarpakts II im Jahr 2020 müssen die neuen Länder ohne Sonderförderung auskommen.

<https://bbu.de/beitraege/bund-11-prozent-weniger-menschen-bis-2025-ostdeutschland>